

SCHWEIZ

## Böses Erwachen

Christoph Blocher, 63, Rechtsaußen der Schweizer Politik, ist in Nöten. Obwohl er mit seiner Volkspartei (SVP) bei den Nationalratswahlen im Oktober siegte, hat er in der Bundesversammlung, die am 10. Dezember die Regierung konstituieren wird, seit letzter Woche eine knappe Mehrheit aus Sozialdemokraten, Grünen, kleinen linken Parteien und Christdemokraten gegen sich. Seine SVP und deren Verbündete gerieten in die Minderzahl, weil bei Nachwahlen in mehreren Kantonen die Sozialdemokraten überraschend Sitze hinzugewannen. Blochers Partei verlangte nach der Parlamentswahl zwei Ministerposten in der neu zu bestellenden Regierung – einen davon für Blocher selbst, der sich vor kurzem in Zürich als „absoluten Glücksfall für die Schweizer Politik“ vorstellen ließ. Weil die Rechtspopulisten und die ihnen nahe stehende Freisinnig-Demokratische Partei forderten, die Christdemokraten sollten seinetwegen auf ein Ministeramt verzichten, votierten deren Anhänger bei den Kantonsnachwahlen verärgert für sozialdemokratische Bewerber. Blocher wollte mit seiner SVP in die Opposition gehen, wenn er nicht Minister werde. „Dann wird es ein böses Erwachen geben“, drohte er schon.

Um ein Chaos zu vermeiden, möchten die großen Parteien das Problem Blocher nun untereinander lösen. Ein Szenario geht davon aus, dass die Regierung unverändert bleibt und Blocher erst in einem Jahr nachrückt. Dann müsste ein christdemokratischer Minister freiwillig zurücktreten.



Blocher

STEFFEN SCHMIDT / KEYSTONE ZÜRICH / DPA



Demonstration in Tiflis

GEORGIEN

## Schewardnadse am Ende?

Die massiven Manipulationen bei der Parlamentswahl am 2. November kosten Eduard Schewardnadse, 75, möglicherweise doch das Amt. Letzten Freitag forderten nicht mehr nur die Demonstranten der Nationalen Bewegung des Rechtspopulisten Michail Saakaschwili den Rücktritt des Staatsschefs, sondern auch Georgiens prorusische Ex-Kommunisten. Schewardnadse selbst schloss eine Demission nicht mehr aus. Letzten Halt sucht der Herrscher von Tiflis ausgerechnet beim früheren Rivalen Aslan Abaschidse, 65, dem Führer der autonomen Teilrepublik Adscharien. Der autoritär regierende Patriarch, der seiner Partei in seinem Sprengel mit besonders dreisten Methoden ein 95-Prozent-Ergebnis verschaffte und damit dicht an das Regierungsbündnis heranrückte, gilt als Günstling Moskaus. Dem Kreml käme die Demontage Schewardnadses, der ohnehin nur noch drei Viertel des Landes unter Kontrolle hat, äußerst gelegen; er will das strategisch wichtige Georgien in seine Einflusszone zurückholen. Bei der Gas- und Stromversorgung hängt Tiflis bereits wieder am Moskauer Tropf. Auch politisch ist der Moment günstig: Schewardnadses bisherige Verbündeten – die USA und Westeuropa – haben wegen ausbleibender Reformen ihre Finanz- und Militärhilfen gekürzt.



TASS / DPA

Schewardnadse, Abaschidse

Kreml-Politiker entfalten letzte Woche hektische Betriebsamkeit: Abaschidse bekam Freitag in Moskau eine Audienz beim russischen Außenminister Igor Iwanow; zuvor hatte er während einer Blitzreise Georgiens Nachbarn Aserbaidschan und Armenien aufgesucht. Beobachter glauben, er habe die Zustimmung für einen Machtwechsel eingeholt: Abaschidse könnte mit Schewardnadses Hilfe zum Parlamentschef aufsteigen, um nach einem vorzeitigen Rücktritt des unpopulären Alt-Politikers automatisch als Präsident zu amtieren. Georgischen Politikern gilt aber auch dies als gefährlich: Der Provinzfürher aus der Tee- und Orangenrepublik am Schwarzen Meer verfügt über wenig Rückhalt im übrigen Land; die seit der Wahl drohende Gefahr eines erneuten Bürgerkrieges wäre nicht gebannt.

DAVID MIZNARISHVILI / REUTERS / E-LANCE MEDIA